

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

05.05.2008

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 33. Sitzung
der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Montag, 5. Mai 2008

Beginn : 18:00 Uhr
Ende : 20:51 Uhr
Ort : Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesend : Jost Aé
Dr. Gerhard Bartels
Dr. Ullrich Bittner
Dr. Ralf Döring
Rita Duschek
Rudi Duschek
Dr. Frauke Fassbinder
Maria Gomolka
Marion Heinrich
Kerstin Hochheim
Axel Hochschild
Torsten Hoebel
Matthias Horn
Edwin Hübner
Wolfgang Jochens
Markus Jülich
Dr. Jörn Kasbohm
Christian Kruse
Hinrich Kuessner
Dr. Lüer Kühne
Marian Kummerow
Christa Landmesser
Jürgen Liedtke
Egbert Liskow
Dr. Thomas Meyer
Peter Multhauf
Thomas Mundt
Rainer Mutke
Sebastian Ratjen
Olaf Schmidt
Birgit Socher
Ludwig Spring
Dr. Rainer Steffens
Ulla Tesmer
Mechthild Thonack
Bernd Uhlig
Christiane Walther
Wilfried Zink

Entschuldigt: Dr. Jürgen Bremer
Karin Müller
Dr. Gustav Seils

Unentschuldigt: Lars Templin

Tagesordnung

- | | | |
|------|---|----------------------------------|
| 1. | Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit | |
| 2. | Bestätigung der Tagesordnung | |
| 3. | Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner | |
| 4. | Diskussion von Beschlussvorlagen | |
| 4.0. | Aufstellung des Greifenbrunnens | B481-33/08 |
| | <i>OTV Innenstadt</i> | |
| 4.1. | Entsendung in die OTV Schönwalde II durch die SPD- Fraktion | B482-33/08 |
| | <i>SPD-Fraktion</i> | |
| 4.2. | Berechnung der Abfallgebühren auf der Basis von Grund- und Leistungsgebühren ab 2009 | zurückverwiesen in die AG"AP" |
| | <i>Arbeitsgruppe „Abfallproblematik“</i> | |
| 4.3. | Festpreisregelung für gewerblich genutzte städtische Grundstücke in Bebauungsplangebieten - Aktualisierung 2008 - | B483-33/08 |
| | <i>Dez. II, Amt 23</i> | |
| 4.4. | Sanierungsstau an Greifswalder Grundschulen | B484-33/08 |
| | <i>Ausschuss für Bildung, Universität und Sport</i> | |
| 4.5. | Prüfung: Einrichtung einer Solardachbörse | B485-33/08 |
| | <i>Grüne/oK</i> | |
| 4.6. | 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6 - Technologiepark - Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss | B486-33/08 |
| | <i>Dez. II, Amt 60</i> | |
| 4.7. | Prüfung der Möglichkeit der Durchführung eines Box-WM-Kampfes in Greifswald | B487-33/08 |
| | <i>CDU-Fraktion</i> | |
| 4.8. | Verwaltungsbericht 2007 | |
| | <i>Oberbürgermeister</i> | |
| 5. | Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt | |
| 6. | Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft | |
| 7. | Mitteilungen des Präsidenten | |
| 8. | Bestätigung der Niederschrift vom 31.03.2008 | |
| 9. | Schluss der Sitzung | |

Zu TOP: 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Präsident, Herr Liskow, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Mit 37 Mitgliedern der Bürgerschaft zu Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist die Bürgerschaft beschlussfähig. Der Oberbürgermeister, Herr Dr. König, und die beiden Stellvertreter, Herr Arenskrieger und Herr Dembski, sind anwesend.

Zu TOP: 2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Multhauf bittet um rückhaltlose Aufklärung des CDU-Skandals um den Bundestagsabgeordneten, Herrn Adam.

Herr Liskow entgegnet, dass er nur Äußerungen zulassen wird, die diese Bürgerschaftssitzung betreffen. Die Probleme um Herrn Adam betreffen die CDU als Partei. Er fordert Herrn Multhauf auf, zur Tagesordnung zu sprechen.

Herr Multhauf bittet den Präsidenten, bevor mit der Bürgerschaftssitzung begonnen wird, zur rückhaltlosen Aufklärung der Spendenaffäre beizutragen. Herr Liskow erklärt, dass es sich bei der Angelegenheit um eine parteiliche Sache handelt, die Herrn Adam und die CDU betreffen.

Herr Multhauf entgegnet wiederholt, dass auch der Präsident betroffen sei. Sollte es dem Präsidenten nicht gelingen, zur Aufklärung der Affäre beizutragen, soll Herr Liskow sein Amt ruhen und seine Stellvertreter die Geschäfte weiterführen lassen.

Der Präsident entzieht Herrn Multhauf das Wort.

Frau Tesmer bittet darum, den TOP 4.0 von der Tagesordnung abzusetzen, weil bereits auf der Bürgerschaftssitzung am 31.03.2008 ein ähnlicher Beschluss gefasst wurde. Sie zitiert dabei aus dem entsprechenden Sitzungsprotokoll.

Herr Multhauf erläutert, dass eine Tagesordnung hinreichend Aufschluss darüber geben muss, was auf der Sitzung passieren soll. Er kritisiert die nichtöffentliche Tagesordnung, konkret den TOP 3. (Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt). Herr Multhauf beantragt, dass die Dinge, die der Oberbürgermeister in nichtöffentlicher Sitzung vortragen möchte, öffentlich macht.

Der Präsident verweist auf die öffentliche Tagesordnung, in der es den TOP 5. gibt, unter dem der Oberbürgermeister alle Informationen geben wird, die er in öffentlicher Sitzung geben will.

Herr Multhauf beantragt weiterhin, dass der TOP 8. (Bestätigung der Niederschrift vom 31.03.2008) zwischen TOP 3. und 4. vorzuziehen.

Abstimmungsergebnis: bei 12 Ja-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Der Präsident stellt die Tagesordnung in der vorgelegten Form zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einigen Stimmenthaltungen und
1 Gegenstimme beschlossen

Zu TOP: 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Herr Klaus Blum, Mitglied der OTV SW I:

Auf der Bürgerschaftssitzung am 05.05.2007 hatte er Stellung zur Arbeit des Ordnungsamtes und zur Arbeitsweise von Frau Friedrich genommen.

Herr Blum hat festgestellt, dass Frau Friedrich wiederholt mit Unwahrheiten gearbeitet hat. Herr Blum schildert, dass er eine Anzeige erhalten hat, die weiter zur Staatsanwaltschaft gegangen ist.

Der Präsident fordert Herrn Blum auf, persönliche Beleidigungen und Unterstellungen gegenüber Verwaltungsmitarbeitern zu unterlassen.

Herr Blum äußert, dass er sich an Herrn Hochschild gewendet habe. Er solle öffentlich in der Ostseezeitung Stellung nehmen, warum die CDU-Fraktion jetzt nichts mehr von dieser Angelegenheit wissen will, nachdem sie den Beschlussvorschlag hier in der Bürgerschaft eingebracht hat.

Was hat der Präsident unternommen, um diesen Beschluss zum Grünen Pfeil umzusetzen?

Herr Liskow wiederholt seine Äußerungen zu dem Thema Grüner Pfeil. Der Grüne Pfeil und Sachen der Straßenverkehrsordnung gehören zum übertragenen Wirkungskreis. Die Bürgerschaft kann hier nur Empfehlungen geben. Wenn die

Verwaltung die Angelegenheit geprüft hat und eine Umsetzung nicht möglich ist, muss das akzeptiert werden.

Frau Bettina Wiesenberg:

- zur Bahnparallele

Es gäbe Gerüchte, dass sich die Fertigstellung der Bahnparallele um ein Jahr verzögert und dass sich die Kosten wesentlich erhöhen werden. Aus welchen Mitteln soll das dann finanziert werden?

Herr Arenskrieger:

Dem Senator ist nichts darüber bekannt, dass sich die Fertigstellung der Bahnparallele verzögern soll. Wenn das so sein sollte, wäre es dem Bausenator mit ziemlicher Sicherheit bekannt. Von Kostensteigerungen in Größenordnungen ist ebenfalls nichts bekannt. Die Maßnahme Bahnparallele ist zu 90% fremdfinanziert durch Fördermittel. Der Stadtanteil ist also äußerst gering.

eine Bürgerin, die sich nicht namentlich vorgestellt hat:

Auf eine Nachfrage der Bürgerin bestätigt Herr Arenskrieger, dass der Stadthaushalt nicht über die geplanten Kosten hinaus belastet wird. Außerdem wurde der Bauzeitplan bis jetzt eingehalten.

Wodurch die Gerüchte entstanden sind, kann der Bausenator nicht beantworten. Herr Arenskrieger nimmt die Frage auf und wird den Sachverhalt prüfen lassen.

Frau Heinrich:

Frau Heinrich bittet darum, die Bürgerschaft zu informieren, wenn die Prüfung ergibt, dass sich die Kosten für die Bahnparallele erhöhen sollten und sich die Fertigstellung verzögert.

Herr Multhauf:

Herr Multhauf bittet um Wiederholung seiner Antwort und um Aufnahme in das Protokoll.

Herr Liskow bemerkt, dass Herr Arenskrieger die Fragen der Bürgerin beantwortet hat und die Aussagen entsprechend protokolliert sind.

Zu TOP: 4 Diskussion von Beschlussvorlagen

Zu TOP: 4.0 Aufstellung des Greifenbrunnens

B481-33/08

Für die Ortsteilvertretung Innenstadt bringt Frau Weidemann die Beschlussvorlage ein und begründet sie.

Herr Liskow erinnert an den Beschluss der Bürgerschaft vom 31.03.2008 mit dem ein Prüfauftrag an die Verwaltung gegangen ist, wo der Greifenbrunnen aufgestellt werden kann und welche Kosten entstehen.

Es geht gar nicht so um den Greifenbrunnen, erklärt Herr Dr. Kasbohm, sondern darum, dass etwas vor der Sparda-Bank stehen soll.

Für Herrn Uhlig ist der Standort vor der Sparda-Bank denkbar ungünstig. Die Arbeitsgruppe Schuhhagen hat sich mit diesem Thema beschäftigt und man hat sich sehr intensiv dafür eingesetzt, dass gerade im Schuhhagen günstige Verkehrsbedingungen für Fußgänger und vor allem für Menschen mit Behinderungen geschaffen werden. Dort soll auch ein Blindenleitsystem angebracht werden.

Dies wäre dann nicht mehr möglich, wenn dort der Greifenbrunnen steht.

Herr Liskow lässt über folgenden Antrag der Ortsteilvertretung abstimmen:

Die OTV Innenstadt beschließt zwecks Einbringung in die Bürgerschaft und Weiterleitung an die Verwaltung, Bezug nehmend auf den Bürgerschaftsbeschluss B477-32/08 vom 31. März 2008:

Die OTV Innenstadt wünscht bei der Umgestaltung des Schuhhagens die Aufstellung des Greifenbrunnens des Künstlers Zenichowski am Standort Sparda-Bank, heutiger Kandelaber.

Sollte das vorhandene Projekt nicht zu realisieren sein, wäre auch eine Alternative durch Ausschreibung und unter Mitwirkung weiterer Künstler an diesem Standort prüfbar. Die OTV Innenstadt wünscht an dieser Stelle auf jeden Fall eine attraktive Lösung unter dem Aspekt Kunst am Bau. Ein endloses Verschieben von Entscheidungen, wie bei der Knopfstraße, wird nicht akzeptiert werden.

Abstimmungsergebnis: bei 9 Ja-Stimmen, 20 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen abgelehnt

Zu TOP: 4.1 Entsendung in die OTV Schönwalde II durch die SPD- Fraktion
B482-33/08

Die Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald beschließt folgende Besetzung in der OTV Schönwalde II:

zukünftig für die SPD Fraktion: Marcus Unbenannt, Bürger.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 6 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 4.2 Berechnung der Abfallgebühren auf der Basis von Grund- und Leistungsgebühren ab 2009

Einbringer für die Arbeitsgruppe „Abfallproblematik“ ist Herr Liedtke. Herr Liedtke erläutert den Standpunkt der Arbeitsgruppe. Dieser zweite Zwischenbericht wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Im Rahmen der Diskussion bringt Herr Duschek für die Fraktion Die Linke folgenden Änderungsantrag ein:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt
1. Neue Rahmenbedingungen für die Erstellung einer neuen Abfallgebührensatzung

(a) Die Abfallgebühren werden beginnend ab dem Jahr 2009 auf der Basis von Grund- und Leistungsgebühren berechnet.

(b) Der Entwurf einer solchen neuen Gebührensatzung ist den Bürgerschaftsgremien bis September 2008 vorzustellen.

(c) Für Sperrmüll: Sperrmüll aus privaten Haushalten wird auf schriftliche Anforderung 1x jährlich kostenlos abgeholt. Weiterhin soll 1x jährlich eine Selbstanlieferung möglich sein (näheres regelt die Satzung).

(d) Für Bioabfälle: [Ergebnis der Prüfung der ursprünglichen Vorlage Pkt. 2.2 ist abzuwarten]

(e) Für die Anlieferung von Restabfallkleinmengen sind ab 2009 für Mengen bis 200 kg 10 € zu entrichten.

(f) Modellversuche zur Kosten- und/oder Müllreduzierung sind zulässig, wenn folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- es entstehen keine Zusatzkosten für Gebührenpflichtige (d.h. andere Deckung, z.B. Projektmittel erforderlich)
- das Vorhaben ist zeitlich und räumlich begrenzt
- es muss eine mögliche Übertragbarkeit auf die Stadt im Konzept erkennbar sein (hinsichtlich Kosten- und/oder Müllreduzierung)
- es bedarf der Genehmigung durch Stadt und Einvernehmlichkeit der Partner

2. Die AGAP setzt ihre Tätigkeit fort, um die abfallwirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des neuen Gebührenmodells zu analysieren, um die Kommunikation mit den Wohnungsgesellschaften weiter zu entwickeln und um die Einführung eines Verwiegesystems ab 2010 zu diskutieren und dessen Finanzierungsmöglichkeiten zu klären.

3. An die Wohnungsgesellschaften ergeht die dringende Bitte, gegenüber ihren Mietern auf die Durchsetzung einer konsequenten Mülltrennung als den Hauptweg der Müllreduzierung hinzuwirken und gleichzeitig vermierterseitige Voraussetzungen zu schaffen, dass möglichst alle Mieter annähernd die gleichen abfallwirtschaftlichen und müllbehälterseitigen Bedingungen erhalten, um eine Mülltrennung vornehmen und um die Höhe der Müllgebühren beeinflussen zu können. Dabei ist eine stärkere Individualisierung der Behälterzuordnung anzustreben.

Erläuterungen

Zu 1a)

Die AGAP-Mitglieder schlagen der Bürgerschaft eine Splittung der Gebühren in Grund- und Leistungsgebühren vor. Der Grundgebühr sind folgende Kostenarten zugeordnet worden: Damit wird die Grundgebühr ca. 36 % der Gesamtkostenstruktur entsprechen.

Zu 1f)

Es handelt sich hierbei um die Fixierung einer sogenannten Experimentierklausel, so dass künftig bei Modellversuchen nicht jedes Mal die Satzung geändert werden muss.

Die Fraktion Die Linke beantragt, dass die Arbeitsgruppe „Abfallproblematik“ weiterhin tätig sein soll.

Herr Liskow erklärt, dass es mit der Beschlussvorlage der Arbeitsgruppe darum geht, einen Grundsatzbeschluss zu fassen, damit die entsprechende Satzung erarbeitet werden kann.

Offen ist lediglich und das wäre in die vorgelegte Beschlussvorlage einzuarbeiten, dass die Wohnungsgesellschaften den Grünschnitt, den sie für ihre Mieter haben, kostenfrei abliefern können.

Herr Dr. Kasbohm fasst zusammen, was gegenüber der vorgelegten Beschlussvorlage anders ist. Neu ist: 1. (b) und 1. (f), 2. und 3. Alle anderen (a), (c) und (e) sind identisch. Bereits im Hauptausschuss hatte Herr Dr. Kasbohm versucht, die Änderungen einzubringen.

Herr Kruse regt an, darüber abzustimmen, was den Mitgliedern der Bürgerschaft vorliegt.

Seit Monaten hat die Arbeitsgruppe „Abfall“ gearbeitet, stellt Herr Hochschild fest. Dort sind alle Fraktionen vertreten. Er versteht nicht, dass Die Linke jetzt einen Änderungsantrag vorlegt. Die Beschlussvorlage der Arbeitsgruppe ist durch alle Ausschüsse einstimmig weiterempfohlen worden. Die Alternative wäre, jetzt die vorgelegte Beschlussvorlage zu vertagen und die Arbeitsgruppe berät noch einmal darüber.

Herr Dr. Bittner ist der Meinung, dass die Arbeit der Arbeitsgruppe erst ruhen kann, wenn die neue Abfallgebührensatzung fertig ist. Ziel der Arbeitsgruppe war es, mehr Gerechtigkeit in das ganze Berechnungssystem zu bringen, dass eine unbürokratische Satzung erarbeitet wird und Müll zu vermeiden. Und das letzte ist überhaupt nicht gelungen.

Greifswald hat jährlich etwa 5.000 t Grünschnitt, Stralsund dagegen etwas über 600 t, obwohl die zugrunde liegenden Flächen annähernd gleich sind. Das liegt daran, dass gewerbliche Betriebe ihren Grünschnitt entsorgen.

Außerdem sollte der Punkt 2.2 gestrichen werden. Die Anlieferung von Bioabfällen sollte generell kostenpflichtig sein.

Für Herrn Hochschild hat die Diskussion gezeigt, dass die Problematik der Abfallgebührenberechnung noch nicht so weit ist, dass heute der Beschluss gefasst werden kann. Deshalb stellt er den Antrag, die Vorlage in die Arbeitsgruppe und in den Fachausschuss zurück zu verweisen.

Herr Multhauf ist der Meinung, dass es unzulässig sei, dass jemand zur Sache spricht und dann den Antrag stellt, die Diskussion abzubrechen und niemand weiter sprechen kann.

Herr Liskow bittet Herrn Multhauf, die Unterstellungen zu unterlassen.

Herr Multhauf ist dafür, dass der Grundsatzbeschluss gefasst wird, damit eine gerechtere Gebührenberechnung erfolgt.

Herr Hoebel spricht sich gegen die Verweisung aus und ist dafür, über die vorgelegte Beschlussvorlage aus der Arbeitsgruppe abzustimmen

Der Präsident lässt über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Hochschild abstimmen, die Beschlussvorlage in die Arbeitsgruppe zurückzuverweisen.

Abstimmungsergebnis: bei 26 Ja-Stimmen, 11 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Der Präsident bittet Herrn Liedtke, die Vorschläge von der Fraktion die Grünen/oK und Die Linke in der Arbeitsgruppe „Abfallproblematik“ noch einmal zu besprechen, so dass der Beschluss noch vor der Sommerpause gefasst werden und die Gebührensatzung termingerecht erarbeitet werden kann. So können die Gebühren ab 01.01.2009 nach der neuen Satzung erhoben werden.

Zu TOP: 4.3 Festpreisregelung für gewerblich genutzte städtische Grundstücke in Bauungsplangebiet - Aktualisierung 2008 - B483-33/08

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. die unbebauten, erschlossenen städtischen Grundstücke grundsätzlich zu

mindestens folgenden Festpreisen **erschließungsbeitragsfrei** an Investoren ab den 06.05.2008 zu verkaufen:

| | |
|--|------------------------|
| Gewerbe- und Industriegebiet Helmshäger Berg | 13,00 €/m ² |
| Industriegebiet Herrenhufen Süd | 13,00 €/m ² |
| Gewerbegebiet Herrenhufen Süd | 15,00 €/m ² |
| Gewerbegebiet Mühlenweg | 14,00 €/m ² |
| Gewerbegebiet Ziegelhof | 23,00 €/m ² |
| Mischgebiet Mühlenweg | 31,00 €/m ² |

Eventuelle Veräußerungen zu geringeren Preisen bedürfen eines gesonderten Beschlusses.

2. Die Festpreise sollen bis zum 31.12.2010 gelten. Zu diesem Zeitpunkt ist eine Überprüfung vorzunehmen.

3. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald ermächtigt die Verwaltung, zu den vorgenannten festgelegten Mindestkaufpreisen, Grundstücksveräußerungen mit entsprechender Bauverpflichtung vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: beschlossen bei 34 Ja-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen

Zu TOP: 4.4 Sanierungsstau an Greifswalder Grundschulen B484-33/08

Herr Multhauf fordert die Bürgerschaftsmitglieder auf, darüber abzustimmen, ob der Ausschussvorsitzende Rederecht erhält.

Frau Socher beantragt, dass der Ausschussvorsitzenden Rederecht erhält und den Beschlussantrag des Bildungsausschusses einbringt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Herr Magnus Frisch, Vorsitzendes Ausschusses für Bildung, Universität und Sport, bringt die Beschlussvorlage und trägt eine ausführliche Begründung vor. Die schriftlichen Ausführungen liegen in der Kanzlei der Bürgerschaft zur Einsichtnahme vor.

Anhand einer Präsentation stellt Herr Arenskrieger die Situation aus Sicht der Verwaltung vor.

Die Präsentation liegt schriftlich in der Kanzlei der Bürgerschaft vor.

Ein Ziel besteht darin, die Situation an den Schulen zu verbessern. Es gibt aber ein Problem, und das ist immer dasselbe: die Finanzen.

Die Bürgerschaft kann fordern, dass eine Prioritätenliste aufgestellt werden soll. Das Problem ist aber: Wie viel Geld haben wir? Wie viel Geld kann ich in dem Zeitraum ausgeben? Im Moment ist es so, dass „Feuerwehr“ gespielt wird.

Eine der wichtigsten Fragen stellt Frau Socher. Das ist die Frage nach der Förderung. Deshalb regt sie an, dass auch beim Land eingefordert wird, dass die Schulen und Kindertagesstätten, wie bei der Bahnparallele, als Investition gesehen und dementsprechend gefördert werden. Solange Bildung nicht als Investition begriffen wird, wird sich an der Misere nichts ändern.

Für die Fraktion Grüne/oK unterstützt Herr Dr. Döring ausdrücklich diesen Beschlussantrag. Bereits bei der letzten Haushaltsdiskussion wurde gefordert, den

Sanierungsstau zu beheben. Auf jeden Fall sollte einmal eine Prioritätenliste erstellt werden. Beispielsweise hätte man bei der KiTa Am Grünland diskutieren können, auch ein anderes Modell zu machen, vielleicht einen Freien Träger investieren zu lassen und für den aufgewendeten Betrag eine eigene KiTa zu sanieren. Herr Dr. Döring meint, dass bei den Haushaltsbeschlüssen in den letzten Jahren immer Strategie war, dass vor allem solche Objekte gemacht wurden, für die es Fördermittel gibt. Man sollte diese Strategie ändern. Was nützen die Neubauten, wenn die anderen dichtgemacht werden müssen, und man nicht weiß, wo die Kinder untergebracht werden können. Da muss mittel- und langfristig ein anderer Weg gegangen werden.

Herr Dr. Döring glaubt nicht, dass die Veräußerung von WVG-Anteilen an der grundsätzlichen Richtung etwas ändert und dann die Sanierung Priorität hätte.

Herr Hübner findet den Vorschlag von Frau Socher recht interessant. Doch bis das durch ist, das dauert bestimmt noch. Es bleibt doch eigentlich nur übrig, in einer der nächsten Bürgerschaftssitzungen der Veräußerung von WVG-Anteilen zuzustimmen. Es muss niemand die Augen verschließen und glauben, dass die Kommunen sonst irgendwie mehr Geld bekommen.

Einig sind sich alle, meint Herr Dr. Kasbohm, dass etwas passieren muss, aber alle fragen sich: wie.

Die Hoffnung mit einem Schlag die Schulden los zu werden, das reicht nicht. Man muss nach neuen Modellen gesucht werden, die Finanzen in den Griff zu bekommen. Man muss nach Synergien suchen. Vielleicht kann man die Stadtwerke soweit entwickeln, dass sie in Vorleistung gehen können. Deshalb wird die Prioritätenliste gebraucht.

Herr Dembski kann nicht nachvollziehen, dass jetzt der Neubau einer KiTa kritisiert wurde. Auch die Fraktion der Grünen/oK haben den Neubau der KiTa Am Grünland massiv unterstützt. Einen Neubau einer KiTa können sich nicht viele Städte leisten. Das als Negativbeispiel darzulegen, ist nicht zu verstehen.

Für Herrn Multhauf ist unverständlich, dass die Stellungnahme der Verwaltung zur Beschlussvorlage des Bildungsausschusses durch den Bausenator erfolgt. Zu der Zeit, als Herr Dr. Drenckhan Leiter des Dezernates III war, hätte er es sich nicht nehmen lassen, selbst zu sprechen.

Herr Multhauf wirft Herrn Dembski vor, dass er an der betreffenden Ausschusssitzung nicht anwesend war, als es um dieses Thema ging. Erstmals in der Geschichte dieser Stadt waren alle Schulleiter der Grundschulen vor dem Bildungsausschuss erschienen und haben ihre Sorgen vorgetragen. Im Auftrag des Senators war Frau Felkl anwesend. Herr Multhauf erwartet zukünftig vom zuständigen Senator, dass er darum kämpft.

Eigentlich müsste der Zustand der Greifswalder Grundschulen dem Oberbürgermeister schlaflose Nächte bereiten. Herr Multhauf erwartet, dass Herr Dr. König Stellung zur Problematik nimmt und nicht seine Stellvertreter. Grundschulen müssen angesichts des Zustandes „Chefsache“ sein.

Der Oberbürgermeister wirft Herrn Multhauf vor, dass er in den letzten 17 Jahren noch keinem Haushalt seine Zustimmung gegeben hat. Hätten das alle Bürgerschaftsmitglieder so gemacht, gäbe es noch keine sanierte Schule. Greifswald wäre nicht das, was es heute ist. Man kann froh sein, dass es in der Bürgerschaft Vertreter gibt, die vernünftig abstimmen und Greifswald nach vorne bringen wollen. Er fordert Herr Multhauf auf, zu sagen, wo soll man das Geld denn besorgen? Wenn es Möglichkeiten gibt, soll er sie vorschlagen.

Herr Dembski stellt klar, dass Frau Felkl als Dezernatssteuerin tätig ist und den

Senator in Ausschusssitzungen vertreten kann. Er bittet darum, zur Kenntnis zu nehmen, dass man als Senator nicht in alle Ausschüsse geht. In der Vergangenheit war es auch nicht üblich, dass die Senatorin in jeder Ausschusssitzung anwesend war. Bevor sich der Bildungsausschuss die Leiter der Grundschulen eingeladen hat, war der Senator in allen Grundschulen und hat mit allen Leitern persönlich gesprochen. Es gibt verschiedene Methoden, sich für eine Sache einzusetzen. Man kann sich lautstark vor der Bürgerschaft hinstellen oder man kann an den Zuständen arbeiten und versuchen, etwas zu ändern. Herr Dembski stellt klar, dass er sich stets dafür eingesetzt hat, dass die Greif-Schule eine vernünftige Sanierung bekommt.

Auch Herr Hochheim kann nicht irgendwoher Geld besorgen. Eines muss er aber sagen: Herr Dr. Drenckhan hatte in seiner Amtszeit aber immer einen ausgeglichenen Haushalt im Hintergrund.

Es lag eine Prioritätenliste vor, die hat vielleicht nicht jedem gefallen, sie lag aber per Bürgerschaftsbeschluss vor. Hauptproblem war aber, dass das Geld einfach nicht gereicht hat, um alle Dinge umzusetzen.

Die Prioritätenliste ist das eine. Es wird aber auch ein Plan der Umsetzung der Sanierung und Modernisierung der Grundschulen gebraucht.

In der Vergangenheit gab es ein Pilotprojekt (Wettbewerb mit dem OSV dem Ostdeutschen Sparkassenverband), wobei die UHGW nicht als Sieger hervorgegangen ist.

Wenn es mit der Anteilsveräußerung von WVG-Anteilen gelingt, den Haushalt zu sanieren, wäre solch ein Pilotprojekt zur Sanierung der Schulen wieder vorstellbar.

Herr Dr. Döring stellt klar, dass seine Fraktion nicht grundsätzlich gegen den Neubau Am Grünland ist. Nur damals wurde danach gefragt, ob man auch alternative Lösungen berechnet hat. Das wurde damals eben nicht gemacht. Es ist schon eine Frage der Priorität, wenn mit Mitteln des Vermögenshaushaltes das Technische Rathaus gebaut wird, statt die Schulen zu sanieren.

Für die Gruppe der FDP stellt Herr Ratjen klar, wie alle Vorredner bisher, dass sie für die Beschlussvorlage stimmt.

Da Herr Multhauf den Redner mit Zwischenrufen bezüglich Herrn Schelsky unterbricht, bekommt Herr Multhauf um 19:35 Uhr einen Ordnungsruf.

Herr Ratjen kann nicht verstehen, warum aus einer Sache, die von allen mitgetragen wird, eine derart populistische Debatte gemacht wird.

Bedauerlich findet Herr Kuessner, dass man bei so wichtigen Themen immer wieder auf eine Ebene kommt, wo sachliche Diskussionen verhindert werden. Das ist solch ein wichtiges Thema, dass die Bürgerschaft anders miteinander umgehen muss. Der Antrag ist so wichtig, weil die Bürgerschaft über die Verteilung der Finanzen entscheiden muss.

Dass die Sanierung der Greifswalder Grundschulen Sache des Bausenators ist, ist eigentlich klar, auch wenn er nicht Schulsenator ist.

Herr Kuessner fordert Herrn Multhauf auf, nicht immer Angriffspunkte zu suchen. Solche Angriffe sind bei solch einer wichtigen Sache absurd und die sollten unterbleiben.

Auch Dr. Kasbohm möchte zur Sachlichkeit beitragen. Das A und O für jegliche Entscheidung bildet eine Prioritätenliste. Außer von Herrn Hochheim gab es keine Vorschläge zur Lösung der Probleme. Die Frage von Herrn Dr. Kasbohm ist, ob die Veräußerung von WVG-Anteilen wirklich eine Lösung für alle Probleme ist.

Herr Dr. Kasbohm fordert die Bürgerschaft auf, dem vorgelegten Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Herr Multhauf kritisiert, dass der Beschlussantrag des Bildungsausschusses unvollständig ist, weil er dort einstimmig beraten und bestätigt wurde. Unter anderem bemerkt er, dass, wenn man etwas will, ganz kurzfristig hinter verschlossenen Türen auch Mittel findet. Ein Beispiel dafür sind die 65.000 € für den Sicherheitszaun im Volksstadion.

Nach Informationen der BauBeCon wird im Landtag eine Beschlussfassung vorbereitet, dass zukünftig auch offiziell Schulen unter Investitionen fallen und auch gefördert werden können.

An Herrn Hochheim gerichtet, stellt Herr Multhauf die Frage: Wer entscheidet denn, was finanzierbar ist und was nicht?

Herr Multhauf erinnert an einen Beschluss der Bürgerschaft, dass Schulen höchste Priorität haben und er fordert, dass dieser Beschluss umgesetzt wird.

Herr Liskow bemerkt, dass Herr Multhauf wieder Halbwissen vorgebracht hat und informiert, dass Schulen schon immer Investitionen waren. Hier geht es um Schulbauten im Sanierungsgebiet. Es gibt auch andere Fördertöpfe. Natürlich sind immer Eigenmittel zur Verfügung zu stellen.

Frau Socher stellt fest, dass das Thema Grundschulen beim Wahlkampf immer wieder Thema war. Dazu haben viele Eltern Nachfragen gestellt, warum es diese Unterschiede bei den Schulen gibt. Frau Socher konnte diese Fragen nicht umfassend beantworten. In den vergangenen 18 Jahren sind in Greifswald viele tolle Bauten entstanden. Die kommunalen Schulen müssen dem Konkurrenzdruck der privaten Schulen standhalten.

Da keine weiteren Wortmeldungen sind und keine Anträge gestellt wurden, lässt der Präsident über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft fordert den Oberbürgermeister auf, vor dem Start des Schuljahres 2008/09 eine Analyse, eine sich daraus ableitende Prioritätenliste sowie einen Plan zur Umsetzung der Sanierung und Modernisierung der Grundschulen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (einschließlich Sporthallen, Sportanlagen, Außenanlagen und Horte) für den Zeitraum bis 2013 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 4.5 Prüfung: Einrichtung einer Solardachbörse
B485-33/08

Herr Dr. Döring bringt die Vorlage für die Fraktion Grüne/oK ein.

Für die Verwaltung nimmt Herr Arenskrieger Stellung zu diesem Prüfauftrag. Er bemerkt, dass die Verwaltung schon einen Schritt weiter ist.

Die Zielstellung der Solaranlagen ist auch Bestandteil des Beschlusses zum 10-Punkte-Programm.

Die Verwaltung beabsichtigt, den Dachnutzungsvertrag aus Osnabrück in angepasster Form zu verwenden. Soweit Beschlüsse erforderlich sind, wird die Verwaltung entsprechende Beschlussvorlagen vorlegen und die zuständigen Gremien beteiligen. Diese Thematik wurde auch mit den städtischen Wohnungsgesellschaften, den Stadtwerken und der Firma Solon besprochen.

Die CDU-Fraktion, so Herr Hochschild, unterstützt das Anliegen. Wenn der Prüfauftrag abgeschlossen ist, wird weiter darüber zu sprechen sein.

Der Präsident lässt über folgenden Beschlussantrag in ungeänderter Form abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt die Verwaltung, die folgenden Vorschläge zu prüfen und gegebenenfalls eigene Vorschläge zum Aufbau einer Solardachbörse zu unterbreiten:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 1.9.2008 den Aufbau einer Solardachbörse im Internet sicherzustellen. Dabei sollen auch insbesondere in mehrheitlichen Besitz der Universitäts- und Hansestadt Greifswald befindliche Gesellschaften Dachflächen zur Verfügung stehen.
2. Der Fachbereich Immobilien und Hochbau wird bei Neubau- und Grundsanierung von Dächern städtischer Gebäude grundsätzlich prüfen, ob durch eine entsprechende Statik, Anordnung von Dachfenstern, Entlüftungsleitungen usw. eine bessere Nutzung der Dachflächen für Solarstromanlagen erreicht werden kann, um so weitere Kapazitäten bereit stellen zu können.
Sollte eine Nutzung der Dachflächen nicht ohne Mehrkosten möglich sein, wird im Einzelfall eine Entscheidung des Bau- und Umweltausschusses eingeholt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Rahmenvertrag für die Nutzung städtischer Dachflächen zwecks der Errichtung von Photovoltaik-Anlagen zu entwickeln und auf der Webseite der Solardachbörse zur Verfügung zu stellen.
In Gesellschaften in mehrheitlich städtischen Besitz ist ebenfalls auf die Erstellung eines online verfügbaren Rahmenvertrags hinzuwirken.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Informationsaustausch mit lokalen Unternehmen (z.B.: Solon AG) zur kundenorientierten Umsetzung der Solardachbörse sicherzustellen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Sparkasse Vorpommern oder anderen Finanzdienstleistern attraktive Finanzierungsinstrumente zu entwickeln, die ebenfalls auf der Internetseite der Solardachbörse abrufbar sind.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

**Zu TOP: 4.6 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6 - Technologiepark - Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
B486-33/08**

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 6 – Technologiepark – wie folgt:

1. Der Bebauungsplan Nr. 6 - Technologiepark – soll gemäß § 2 Absatz 1 i.V.m. § 1 Absatz 8 BauGB in dem gekennzeichneten Bereich geändert werden (Abgrenzung gemäß Plan der Anlage 1). Ziel ist es, in dem Bereich eine großteilige Baustruktur zu ermöglichen.

2. Dieser Beschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
3. Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 6 – Technologiepark – (Anlage 1) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 2) werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.
4. Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 6 – Technologiepark – (Anlage 1) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 2) sind gemäß § 3 Absatz 2 BauGB öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Absatz 2 BauGB zu dem vorgenannten Entwurf einschließlich Begründung mit Umweltbericht zu beteiligen.
Die öffentliche Auslegung des Entwurfs zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 6 – Technologiepark – und dessen Begründung mit Umweltbericht ist ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: beschlossen bei 37 Ja-Stimmen und
1 Stimmenthaltung

Zu TOP: 4.7 Prüfung der Möglichkeit der Durchführung eines Box-EM- bzw. WM-Kampfes in Greifswald
B487-33/08

Herr Hochschild bringt für die CDU-Fraktion die Beschlussvorlage ein und nimmt die Begründung vor. Im Rahmen dieser Einbringung bittet Herr Hochschild, den Beschlusstext dahingehend zu ändern, dass neben dem WM- auch ein EM-Boxkampf möglich sein dürfte.

Im Rahmen der Diskussion macht Herr Multhaus darauf aufmerksam, dass Sebastian Sylvester nie soweit gekommen wäre, wenn die Sporthalle noch in dem Zustand wäre. Er regt an, die Voraussetzungen für die Boxer zu verbessern.

Herr Liskow stellt den geänderten Beschlussvorschlag wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt die Verwaltung, die Möglichkeit der Durchführung eines EM- bzw. WM-Box-Kampfes im Volksstadion zu prüfen. Bei der Prüfung ist zu berücksichtigen, dass für den Kampf eine feste, großzügige Überdachung des Ringbereiches notwendig ist. Es sind des Weiteren die Kosten einer solchen Veranstaltung überschlägig zu veranschlagen sowie mögliche Kompensationen durch Werbemaßnahmen. Zudem ist Kontakt zum Management der Universum Box-Promotion GmbH (Felix Sturm) sowie zur Team Sauerland Event GmbH (Sebastian Sylvester) herzustellen, um gegenüber den Veranstaltern Greifswald und das Volksstadion als möglichen Austragungsort bereits im Vorfeld zu signalisieren.

Abstimmungsergebnis: bei 29 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen und
6 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 4.8 Verwaltungsbericht 2007

Der Oberbürgermeister legt den Verwaltungsbericht 2007 auf der Grundlage der Hauptsatzung vor und informiert darüber, dass künftig auf die gesonderte Vorlage des Halbjahresberichtes aus Kapazitätsgründen verzichtet werden muss. Die

Vierteljahreszahlen der Abteilung Statistik stehen im Internet zur Verfügung.

Frau Socher nimmt Stellung zum vorgelegten Verwaltungsbericht. Sie stellt fest, dass eine Einleitung und die Schlussfolgerungen für die laufende Amtstätigkeit fehlen. Frau Socher nennt einige Punkte, zu denen sie Fragen stellen möchte: Die Studenten tauchen nur hinsichtlich der Werbung für den Erstwohnsitz auf. Ansonsten scheinen Studenten überhaupt keine Rolle für Greifswald zu spielen. Beispielsweise gibt es kaum noch Wohnungen, die man den Studenten zur Verfügung stellen könnte.

Im Verwaltungsbericht wird über die Tätigkeit der Arbeitskreise informiert. Frau Socher kritisiert, dass die Bürgerschaft darüber sehr wenige Informationen erhält. Wenigstens einmal im Jahr wäre es wünschenswert, zu erfahren, mit welchen aktuellen Themen sich die Arbeitskreise beschäftigen.

Erwähnenswert wäre, dass die UHGW eine Gleichstellungs- und Familienbeauftragte hat und dass Greifswald eine familienfreundliche Stadt sei. Was zeichnet eine familienfreundliche Stadt aus und was könnte verbessert werden?

Unter dem Punkt Beteiligungsmanagement wurde aufgeführt, dass die Bürgerschaft im Frühjahr 2008 den Beschluss über die Veräußerung von WVG-Anteilen fassen sollte. Dieser Termin wurde bereits überschritten.

Die Fragen hinsichtlich der Kosten der Biodieselanlage bleiben noch offen.

Zur Verkehrsplanung:

Greifswald soll nach Aussagen der Presse für Radfahrer die gefährlichste Stadt Deutschlands sein. Zum Thema Radfahren in Greifswald ist im Verwaltungsbericht nichts enthalten. Trotzdem muss festgestellt werden, dass die Linienführung im ÖPNV nicht zufriedenstellend sei.

Zur Parksituation um das Klinikum herum:

Frau Socher stellt fest, dass die angesprochene Situation für die Besucher, für die Anwohner sowie die Beschäftigten nach wie vor kritisch sei.

Zur Grimmer Straße:

Nach dem Verwaltungsbericht soll die Grimmer Straße bis Ende 2008 fertig gestellt sein. Dazu sollte die Verwaltung noch einmal Stellung nehmen.

- Immobilienverwaltung

Im Rahmen des Gebäudemanagements stellt man fest, dass die Hausmeister und Hallenwarte trotz des Absenkens ihres Entgeltes ihre Arbeit in guter Qualität leisten. Die eingesparten Stellen werden durch Ein-EURO-Jobber von der ABS aufgefüllt. Das kann nicht akzeptiert werden.

Frau Socher fordert die Bürgerschaftsmitglieder auf, sich mit dem Verwaltungsbericht zu beschäftigen und die Verwaltung, die gemachten Hinweise aufzugreifen.

Der Oberbürgermeister stellt klar, dass Frau Socher Wertungen vornimmt. Der Verwaltungsbericht ist ein Ergebnisbericht des Jahres 2007, wie er seit Jahren vorgelegt wurde. Bisher gab es keine Reaktionen auf den Verwaltungsbericht. Herr Dr. König nimmt die Anregungen für die Zukunft auf.

Herr Multhaus erwidert, dass es diverse Protokolle gibt, in denen man Hinweise finden kann, wie solch ein Verwaltungsbericht aussehen kann. Er fühlt sich ein bisschen an die Zeit erinnert, was 40 Jahre lang vorher lief. Probleme werden entweder verschwiegen oder gar nicht genannt. Herrn Multhaus stört ein wenig, dass 20 von 30 Bildern den Oberbürgermeister zeigen. Früher hätte man das als Personenkult bezeichnet. Es gäbe sicherlich auch noch andere Verwaltungsmitarbeiter, die es verdient hätten, genannt zu werden.

Herr Dr. Kasbohm macht deutlich, dass es Aufgabe der Bürgerschaft sei, Wertungen zu bestimmten Sachverhalten vorzunehmen, um Akzente für die nächste Zeit zu setzen.

Zu TOP: 5 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Der Oberbürgermeister gibt folgende Mitteilungen:

- über die Hauptausschussbeschlüsse (Anlage zum Protokoll)
 - zu Terminen und wichtigen Ereignissen (Anlage zum Protokoll)
 - Sachstandsbericht zur Stadthalle (Anlage zum Protokoll)
 - Beantwortung von Fragen der Fraktion Die Linke (Anlage zum Protokoll)
 - nach der Wahl ist vor der Wahl (Anlage zum Protokoll)
 - Aktionskreis zur Verlegung von Stolpersteinen (Anlage zum Protokoll)
 - zur Gebietsreform
- Am 15.04.2008 gab es in Greifswald ein Treffen der Oberbürgermeister. Das Zusammengehen der vier kreisfreien Städte hat bewirkt, dass der Status der kreisfreien Städte im Leitbild noch offen gehalten wird.
- Am 30.05.2008 gibt es die Anhörung zur Stadt-Umland-Thematik.
- Beantwortung der Fragen der Fraktion die Linke zum Stand der Tarifverhandlungen (Anlage zum Protokoll)
 - Der Personalbericht 2007 wird an die Mitglieder der Bürgerschaft ausgereicht. (liegt in den Postfächern)

Frau Socher erinnert daran, dass sie im Hauptausschuss Fragen gestellt und um deren Beantwortung gebeten hat: Kostenentwicklung beim Umbau der Stadthalle und zur Anteilsveräußerung der WVG. Ein anderes Problem ist, dass es in Greifswald nicht genug preiswerte Wohnungen gibt. Das betrifft nicht nur ALG II-Empfänger, sondern auch Studenten.

Die Beantwortung der WVG-Anteilsveräußerung nimmt der Oberbürgermeister im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor.

Das Problem preiswerter Wohnungen sollten die Fachleute diskutieren und bewerten. Diese Leute sitzen im Aufsichtsrat. Nach Meinung des Oberbürgermeisters, ist das, was als Reserve vorgehalten wird, ausreichend.

Für Frau Heinrich ist das ein Kreislauf und die Stadt als Gesellschafter müsste daran interessiert sein, die Kosten (Wohngeld) so gering wie möglich zu halten. Deshalb müsste die Gesellschaft günstigen Wohnraum anbieten.

Herr Dr. Kasbohm möchte wissen, ob die Anzahl von 168 Wohnungen tatsächlich für die Wohnungsvergabe freigegeben und verfügbar ist. Ist nicht ein Großteil von Wohnungen durch Bauvorhaben blockiert?

Diese Frage kann der Oberbürgermeister nicht beantworten.

Herr Arenskrieger informiert über Aktivitäten aus dem Dezernat II:

Herr Arenskrieger berichtet, dass er kürzlich auf einer Tagung ostdeutscher Städte war. Dort ging es u.a. um die Frage der Entwicklung der Wohnraumgestaltung. Es gibt Städte auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, wo die Abrissquote bei 40 % liegt. Greifswald wurde um die hiesige Situation beneidet. Hier werden Wohnungen in Größenordnungen saniert und neu gebaut.

- Informationen zur Kommunalen Klimakonferenz in Greifswald 2. - 4. April 2008
- Der Abschlussbericht kann im Internet (Natur und Umwelt/kommunaler Klimaschutz) eingesehen werden.

Herr Dembski berichtet über Aktivitäten im Dezernat III:

- 15.05.2008 internationaler Tag der Familie in Greifswald
- 05.05.2008 Ausstellungseröffnung „Kunst, Kinder, Kunst“

Die Fraktion Die Linke hat kurz vor der heutigen Sitzung um Beantwortung einiger Fragen zur Zukunft der Greifschule gebeten. Zwischenzeitlich gab es eine Zusammenkunft mit dem Baudezernenten, wo besprochen wurde, wie weiter mit den Planungen der Greifschule umzugehen ist. Man hat sich entschieden, erst einmal eine große Planung zu machen, unabhängig von den Mitteln. Diese Vorplanung wird Mitte Juni abgeschlossen sein. Danach wird es eine zeitliche Abfolge geben. Eine Realisierung der großen Planungen kann es erst geben, wenn entsprechende Haushaltsmittel durch die Bürgerschaft zur Verfügung gestellt werden. Unmittelbar nach diesen Beratungen gab es ein Gespräch mit der Schulleiterin. Die Information der Eltern erfolgte in dem Mitteilungsblatt der Schule. Einen genauen Zeitplan wird nach Abschluss der Vorplanung vorliegen. Die Kosten der Information für den städtischen Haushalt belaufen sich auf etwa 10 Cent für das Telefongespräch.

Herr Multhauf (mit vollem Mund) stellt Nachfragen zur Beantwortung der Fragen bezüglich der Tarifverhandlungen. Er hält es für naiv und fahrlässig, wenn die Verwaltung glaubt, in fünf Wochen einen Tarifvertrag abschließen zu können. Herr Multhauf macht sich Sorgen um das Foyer. Er hat eine Urkunde von einer unabhängigen Gruppe Greifswalder BürgerInnen bekommen mit der Bitte, sie dem Oberbürgermeister zu überreichen. und sie in der Nähe der anderen Urkunden im Foyer aufzuhängen.

„Sie ist überschrieben: Urkunde - ausgezeichnet als Kommune des Jahres 2008 der Bundesrepublik Deutschland - Kategorie: Schwarzer Filz Universitäts- und Hansestadt Greifswald“

Herr Multhauf versucht, diese Urkunde dem Oberbürgermeister zu übergeben. Da der Oberbürgermeister sie nicht annimmt, versucht er, sie dem Präsidenten zu überreichen.

Daraufhin fordert der Präsident um 20:43 Uhr Herrn Multhauf auf, den Sitzungssaal zu verlassen, weil er den Oberbürgermeister und den Präsidenten der Bürgerschaft beleidigt hat.

Herr Dr. Bartels hinterfragt, worin die Beleidigung bestehe. Er unterstellt dem Präsidenten, mit „unterschiedlichem Maßstäben zu messen“.

Frau Heinrich bestätigt, dass die Fragen der Fraktion Die Linke an die Verwaltung recht spät eingereicht wurden. Auf der letzten Sitzung hat Herr Peter Kroll ein Schreiben zum Erhalt des Lehrstuhls für Ur- und Frühgeschichte übergeben. Was wurde in dieser Angelegenheit unternommen?

Herr Dr. Bartels und Herr Duschek verlassen mit Herrn Multhauf zusammen den Sitzungsraum.

Frau Heinrich bittet um Beantwortung ihrer Fragen zur WVG-Anteilsveräußerung, die sie bereits auf der letzten Sitzung gestellt hat.

Daraufhin erklärt der Oberbürgermeister, dass er im nichtöffentlichen Teil der Bürgerschaftssitzung einen Sachstandsbericht zum Verfahren der WVG-Anteilsveräußerung geben wird.

Zur ersten Frage informiert Herr Dr. König, dass er mit Vertretern der Universität in Kontakt gekommen ist. Es ist nicht Zuständigkeit der Stadt; es ist eine universitäre Angelegenheit. Der Oberbürgermeister selbst sieht keine Möglichkeit, etwas an dieser Entscheidung zu ändern.

Bezüglich der Tarifvertrages ergänzt Frau Demuth, kommissarische Leiterin des Haupt und Personalamtes, dass Herr Multhauf nicht ganz richtig gerechnet hat.

Es handelt sich nur um 750.000 €, die mehr anfallen würden. Sie erklärt, dass ein Tarifvertrag auch in fünf Wochen möglich ist. Das hat die Vergangenheit gezeigt.

Herr Dr. Kasbohm stellt fest, dass die Tagesordnungspunkte 5. und 6. vermischt werden. Er stellt Nachfragen zur WVG-Anteilsveräußerung. Er kann nicht verstehen, warum die Frage nach der Zeitleiste im nichtöffentlichen Teil beantwortet werden muss.

Herr Liskow erläutert daraufhin, dass sich die Mehrheit der Bürgerschaft darauf verständigt hat, die Angelegenheit der WVG-Anteilsveräußerung nichtöffentlich zu behandeln, um die Vertragsverhandlungen nicht zu gefährden.

Herr Dr. Kasbohm verlässt um 20:48 Uhr den Sitzungsraum.

Zu TOP: 6 Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

- keine Fragen

Zu TOP: 7 Mitteilungen des Präsidenten

Herr Liskow informiert, dass die Hauptsatzung durch die Verwaltung noch einmal überarbeitet wird, nach dem es entsprechende Hinweise aus dem Innenministerium gegeben hat. Der Präsident geht davon aus, dass zur Bürgerschaftssitzung am 30.06.2008 ein überarbeiteter Entwurf zur Neufassung der Hauptsatzung vorgelegt wird.

Zu TOP: 8 Bestätigung der Niederschrift vom 31.03.2008

Herr Dr. Bittner weist darauf hin, dass das Wortprotokoll gezeigt hat, dass die Sitzungsführung nicht immer so abläuft, wie man es sich wünscht. Er bittet das Präsidium, mehr auf die Verhandlungsführung zu achten.

Da es keine Änderungswünsche zum Protokoll gibt, lässt der Präsident darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 9 Schluss der Sitzung

20:51 Uhr

für das Protokoll

Egbert Liskow
Präsident

Schult
Sachbearbeiterin

Anlagen:

- zweiter Zwischenbericht der Arbeitsgruppe „Abfallproblematik“
- Informationen über Hauptausschussbeschlüsse
- wichtige Termine/Ereignisse
- Sachstandsbericht zur Stadthalle
- Beantwortung von Fragen der Fraktion Die Linke zur WVG
- nach der Wahl ist vor der Wahl
- zur Verlegung von Stolpersteinen
- zum Stand der Tarifverhandlungen
- Liste der Beschlusskontrolle in den Fachausschüssen